



# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbeleggeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.



Nummer 115

Wildbad, Freitag, den 21. Mai 1920.

54. Jahrgang

### Was geht in Rußland vor?

Moskau ist auffallend Schweigend geworden. Die Pariser Presse wies schon vor einer Woche darauf hin, daß der Pariser Eisenbahn keine Kritik aus Moskau mehr aufzufangen, während sich ihm sonst täglich Gelegenheit dazu geboten habe. Tagedeget wurde aus Kopenhagen gemeldet, daß in Moskau ein erneuter Aufstand ausgebrochen sei. Jetzt liegt eine Meldung der Telegraphen-Union aus London vor, wonach man auch dort für die seit einigen Tagen bestehende Unterbrechung der drahtlosen Verbindung mit Moskau keine ausreichende Erklärung finde. Nach der einen Deutung sei in Rußland eine neue Revolution ausgebrochen, nach der anderen solle General Brusilow die drahtlosen Verbindungen zerstört haben, um seine Vorbereitungen ungehindert treffen zu können. Es verlautete auch, daß die Bolschewiken alles drahtlos, um Kiew zurückzugewinnen, und hierfür ihre Todesbataillone einsetzen wollten. Ferner entwickelten die Monarchisten Rußlands auf dem Balkan eine lebhafte Tätigkeit. Die Londoner „Times“ meldet ferner aus New York, der Kommissar des amerikanischen Roten Kreuzes in Rußland, Oberst Bryan, habe sich in einem Bericht über die innere Lage Sowjetrußlands dahin ausgesprochen, daß die bolschewistische Regierung sich ihrer Machtlosigkeit vollkommen bewußt sei. Es stehe eine Revolution, die ein schreckliches Untergang im Gefolge haben werde, unmittelbar bevor.

Daß die bolschewistischen Machthaber die durch den Angriff der Polen geschaffene Gefahr richtig einschätzen, bedarf ein Hilferuf Sinowjew als alle Arbeiter der Welt. Sinowjew, der Leiter der nördlichen Kommune, gebietet in Nordrußland fast uneingeschränkt. Seiner Tatkraft ist es im vorigen Jahre gelungen, der Cholera Herr zu werden. Ob er den Kampf gegen die Seuchen und den Hunger weiter erfolgreich führen kann, erscheint aber fraglich, denn nach dem Bericht eines im April d. J. aus Petersburg gesichteten glaubwürdigen Gewährsmannes herrschen dort grauenhafte Zustände. Der Typhus, der jetzt in fast allen Teilen Sowjetrußlands, auch an der Front wütet, fordert unerbittlich seine Opfer. Bei der Unmöglichkeit, Diät zu halten, und dem fast völligen Mangel an medizinischen Instrumenten und Arzneimitteln sterben die zum Stelett abgemagerten Kranken in den eiskalten und verdreckten Wohnungen und überfüllten Krankenhäusern wo Wasserleitungen usw. ebenfalls nicht mehr funktionieren, zu Tausenden.

Angeht dieser verzweifelten wirtschaftlichen Lage in jedem größeren Ort des Landes und der Erfolge der Polen erscheint es kaum glaublich, daß die Sowjetregierung ihre militärischen Pläne im Kaukasus und Persien, von denen die englische Presse seit geraumer Zeit immer wieder berichtet, noch ernstlich verfolgen kann. Beachtenswert ist die Antwort, die Bonar Law im englischen Unterhaus in Erwiderung auf mehrere Anfragen gab: „Als im Oktober v. J. die russischen Grenzstaaten einen Aufruf Sowjetrußlands befürchteten, hat die polnische Regierung um Unterstützung. Die englische Regierung konnte finanzielle Hilfe nicht leisten, bot aber Polen einen Vorrat überzähligen Kriegsmaterials an, unter der Bedingung, daß es auf polnische Rechnung befördert werde.“ Das Vorgehen englischer Hofarbeiter, die sich weigerten, einen Dampf, der Kriegsmaterial nach Danzig bringen sollte, abzufertigen, macht Schule. Nach einer Meldung aus Mailand haben sich die Eisenbahner in Brescia geweigert, einen aus Frankreich kommenden Zug mit Kriegsmaterial, der für Bukarest bestimmt war, durch Italien weiterzuleiten. Sie begründeten ihr Verhalten mit dem Hinweis, daß es sich um Kriegsmaterial handle, das zum Kampfe gegen Sowjetrußland verwendet werden sollte.

„Die Sowjetregierung hat sich auf der Grundlage der kommunistischen Diktatur für den Frieden im Innern und nach Außen ausgesprochen, wozu letzteren sie durch die Entsendung einer Handelsdelegation unter Krassin nach Kopenhagen einleiten wollte. Mein, wie dem „Kampf“ aus Helsingfors geschrieben wird, von einer Waffenruhe aus Rußland kann bei den jetzigen trostlosen Zustände kaum die Rede sein. Die „friedliche“ Politik des Bolschewismus ist denn auch im Innern und Außen auf große Schwierigkeiten gestoßen und fürs erste gescheitert. Im Innern sind trotz einzelner Erfolge die Berichten russischer Flüchtlinge die produzierten Kräfte des Volks nicht in genügendem Maße zu

Arbeit zu bringen. Zwischen Petersburg und Moskau verkehrt täglich eine mit 1200 „Letuschka“ (Lokomotive mit 1-2 Wagen), fünf gehen nur zwei Personenzüge in der Woche. Ueber einstimmend wird von allen Seiten berichtet, daß die roten Armeen mit dem Uebergang zu Arbeitsarmeen auseinanderfallen. Es arbeiten zum Teil Kommunisten, zum Teil die geprüften, oft bürgerlichen Zwangsarbeiter. In der äußeren Politik bedauert der nicht zustandgekommene Waffenstillstand mit Finnland und der Angriff der Polen eine neue Wendung in der Politik Sowjetrußlands. Wenn man mit Recht annehmen kann, daß die Entente eingesehen hat, daß Europa auf die Dauer nicht ohne die Holzwaren Rußlands existieren kann, so bedeutet die neueste Wendung in der Entente-politik das Eingeständnis: Wir haben uns irreführen lassen; Handels- und diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland sind in absehbarer Zeit ebenso aussichtslos, wie es der Versuch des Tarifhandels mit Hilfe der russischen Genossenschaften war; wir machen deshalb eine neue Wendung, bestätigen Estland und Lettland für erste nicht, lassen Polen und, wenn es geht, Finnland gegen Rußland marschieren, Japan in Sibirien, Brangell von der Krim aus wirken und erreichen auf diese Weise entweder den Sturz der Sowjetgewalt oder wenigstens die Verengung weiterer Gebiete von ihr und deren Eröffnung für westeuropäische Beziehungen.

Es wäre aber verfehlt, schon jetzt ein Urteil über den Ausgang des polnisch-russischen Kampfes zu fällen. Die gefährlichsten Waffen der Bolschewiken sind nicht die Gewehre, sondern Agitation und Flugblätter. Bolschewistische Strömungen waren in Polen von jeher stark. Bekannt ist der Haß der Ukrainer gegen ihr gefährlichste Bedrückervolk, die Polen. Auch in der Ukraine ist der Bolschewismus eine bedeutende Macht. Je weiter die polnischen Heere vorrücken, desto härter werden sie den zerlegenden Einflüssen des eroberten Landes preisgegeben. Desto kräftiger regt sich zugleich in Rußland neben dem Fanatismus der um ihre Existenz ringenden Bolschewiken auch der alte russische Nationalismus.

Italien mit Sowjetrußland ist gefährlich: friedlicher Verkehr noch gefährlicher und fürs erste in Folge der neuen Offenbarung und der endgültigen Zerschlagung des russischen Wirtschaftslebens gänzlich aussichtslos. Abwarten und den Todeskampf Rußlands im Innern aufmerksam beobachten, ist das einzige, was übrig bleibt.“

### Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 19. Mai.

Heute trat die Nationalversammlung noch einmal zu einer kurzen Tagung zusammen, um einige Entwürfe, auf deren Erledigung vor der Reichstagswahl die Regierung und die Mehrheitsparteien Wert legen, zu verabschieden. Zunächst wurde der Gesetzentwurf über die steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichsgesetz und im Enteignungsgesetz geregelten Ansprüche und Verbindlichkeiten mit einigen Abänderungen nach den Vorschlägen des Ausschusses und des Abg. Becker (D. Volksp.) in zweiter und dritter Lesung angenommen. Reichsfinanzminister Dr. Wirth leugnete nicht, daß in dem Gesetz manche Ungerechtigkeiten enthalten seien, aber man müsse sie bei den ungeheuerlichen Finanzschwierigkeiten in Kauf nehmen. Nehmen doch die schwelenden Schulden des Reichs um 3 bis 4 Milliarden monatlich zu. Die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Angestellten-Einkommen bis zu 15 000 M. wurde angenommen, ein überraschend eingebrachter, aussichtsloser Antrag des Sozialdemokraten Hoch, die Grenze auf 25 000 Mark zu erhöhen, mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Der Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wird von den Deutschen Nationalen durch deren Redner v. Graefe scharf bekämpft. Nach einer Aussprache über die gewohnte Anwendung der Geschäftsordnung, nach der die Erledigung der Vorlage nicht mehr möglich gewesen wäre, beschließt die Mehrheit, in außerordentlicher Weise die Beratung aufzunehmen. Zwischen der zweiten und dritten Lesung eines jeden Gesetzes muß nach der Geschäftsordnung ein voller Tag liegen, die dritte Lesung hätte also nicht vor Freitag stattfinden können, wo das ohnehin schwach besetzte Haus wegen der Pfingstfeiertage nicht mehr beschlußfähig gewesen wäre. Schließlich wurde der Entwurf in 2. Lesung angenommen.

Abg. Gilling (3) bittet den Antrag Hoch (Erweiterung der Krankenversicherungspflicht auf Einkommen bis 25 000 Mark) abzulehnen.

Abg. Weithausen (D.D.P.) bemerkt, daß der Antrag Hoch auf Revision zurückzuführen sei.

Abg. Mumm (D.nat.V.): Ein Herausheben der Versicherungs-grenze ist zweckmäßig. Der Sozialdemokrat, der Antrag ist aber abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister arbeitet gegen das Selbstbestimmungsrecht der Angestellten.

Abg. En'er (3): Wenn man die Versicherungsgrenze sprunghaft erhöhen will, könnte man sie ebenfals so hoch ansetzen, daß auch die Minister unter die Versicherung fallen.

Der Antrag Hoch wird abgelehnt, die Vorlage in der Kommission mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Präsident Fehrenbach teilt mit, die Opposition der Rechten werde bei der zweiten Lesung des Gesetzes keine Schwierigkeiten machen, dagegen gegen eine dritte Lesung am morgigen Tage Widerspruch erheben. Es sei aber unwahrscheinlich, am Freitag vor Pfingsten noch ein beschlußfähiges Haus beisammen zu haben. Das wäre dann ein unheimliches Ende der Nationalversammlung.

Abg. Löbe (S.): Meine Partei will das wichtige Gesetz unter allen Umständen durchberaten.

Abg. Gräfe (D.nat.V.): Bei der Wichtigkeit des Gesetzes können wir auf die gleichmäßige Frist zwischen den Lesungen nicht verzichten.

Abg. v. Payer (D.D.P.): Die Rechte will die Vorlage des Hauses ausnützen. Wir schlagen vor, die Beratung fortzusetzen.

Abg. Gräfe (D.nat.V.) tritt für die Militärgerichtsbarkeit ein und begründet eine Anzahl Zusatzanträge auf Änderung des Gesetzes. Wenn Sie heute die Militärjustiz abwürgen, wird es über kurz oder lang heißen: „Es lebe die Militärjustiz!“

Abg. Stücken (S.): Der Gesetzentwurf entspricht der Verfassung. Mit der Behinderung der Annahme des Gesetzes will die Rechte nur eine Galgenfrist gewinnen.

Abg. Reifer (D.D.P.): Militärgerichte haben höchstens im Krieg oder auf hoher See Berechtigung. Wir wollen eine auf dem Ehrgefühl des Soldaten aufgebaute Disziplin.

Das Gesetz wird nach dem Ausschussbeschlusse angenommen, ebenso dasjenige betreffend die Heresjustiz.

### Neues vom Tage.

Ebert kandidiert nicht mehr?

Berlin, 20. Mai. In einer Generalabstimmung wurde mitgeteilt, Ebert werde nicht mehr um das Amt des Reichspräsidenten sich bewerben. Er wolle keine Wahl mehr annehmen.

Der Posten eines Generalquartiermeisters (Chef des Generalstabs) soll nach dem „Vorwärts“ in eine Unterstaatssekretärsstelle umgewandelt, jedoch durch einen Offizier besetzt werden. — Nach dem Friedensvertrag darf Deutschland keinen Generalstab mehr haben.

Nach den „Pol. Parl. Nachr.“ sind der Unabhängige Sozialist Abg. Raute zum Landrat in Bitterfeld und der Unabhängige Redakteur Casparek zum Landrat in Zangerhausen ernannt worden.

### Die Reichsgetreideordnung für 1920.

Berlin, 20. Mai. Der Reichsrat nahm gestern die neue Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 an. Die Verordnung wird an der Zwangsbewirtschaftung sämtlicher Getreidearten festhalten. Auch der Hafer unterliegt wieder der Zwangswirtschaft. Die neue Verordnung über die Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 sieht ebenfalls von der freien Wirtschaft ab. Das bisherige System soll aber derart geändert werden, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Organisationen des Kartoffelhandels mit den Landwirten Verträge über Lieferungen von Kartoffeln abschließen können. Für den Fall, daß diese Verträge bis zum 1. August 1920 zusammen über vier Millionen Zentner erreichen, sieht die Verordnung von einer weiteren öffentlichen Bewirtschaftung ab und überläßt den verbleibenden Rest der Ernte den Erzeugern zur beliebigen Verwendung, auch zur Fütterung.

### Berichtungsstörung.

Ludwigshafen, 20. Mai. Als gestern abend der Abg. Dr. Strefemann in einer von der Deutschen Volkspartei einberufenen öffentlichen Versammlung sprechen wollte, setzte auf der Galerie obenbetäubendes Lärm ein. Wiederholte Versuche, dem Redner Gehör zu verschaffen, wurden durch Zohlen und Pfeifen vereitelt. Schließlich wurden Stühle von der Galerie geworfen, wodurch einige Personen verletzt wurden. Ein Polizeiaufgebot räumte den Saal.



**Krieg im Osten.**

Paris, 19. Mai. Havas meldet aus Warschau, daß die bolschewistische Armee um 120 000 Mann erhöht worden sei, die als Verstärkung an der polnischen Front verwendet werden sollen.

**Auch Amerika bemüht sich um das Erdöl.**

Washington, 19. Mai. Im Senat ist ein Gesetzantrag eingebracht worden, wonach eine Gesellschaft gegründet werden soll, die die Gewinnung von Erdöl in fremden Ländern für den Gebrauch in den Vereinigten Staaten (in der Flotte?) betreiben soll. (Die ergiebigen Quellengebiete hat England im Kaukasus, in Mesopotamien und in Persien bereits belegt. In den Quellen in Mexiko ist englisches Kapital stark beteiligt. Der englisch-amerikanische Wettbewerb ist von großer Bedeutung.)

Berlin, 19. Mai. Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr ist heute zum Besuch des Reichspräsidenten und der Reichsregierung hier eingetroffen.

Paris, 19. Mai. An Stelle Poincares wurde der Abg. Dubois zum Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission ernannt.

London, 19. Mai. Das englische Unterhaus hat mit 304 gegen 80 Stimmen einen Abänderungsantrag von Lord Robert Cecil zum Homerule-Gesetz abgelehnt, der Ulfen von der Homerule ausschließen wollte.

**Die Stimmung in England gegen den polnischen Angriff.**

Amsterdam, 19. Mai. Laut „Telegraaf“ nimmt in England die Bewegung gegen den polnischen Feldzug in Rußland zu. Beinahe täglich wird die Regierung im Unterhaus wegen der Waffenlieferung an Polen zur Rede gestellt.

**Angriffe der Araber gegen die Franzosen.**

Kairo, 19. Mai. Der Araberstamm der Mitwalliz hat die Städte Tyrus und Sidon erneut angegriffen. Die Franzosen haben Truppen zur Verstärkung dorthin entsandt.

Berlin, 19. Mai. Die Reichsregierung billigt die Urteile der Kriegsgerichte gegen die Aufrührer im Ruhrgebiet nicht und hat angeordnet, daß die vor dem 2. April Verhafteten sofort in Freiheit gesetzt werden, da sie ihre Straftaten in Abwehr des Rapp-Putsch begangen hätten. Zur Beschleunigung der Entlassung werden besondere Beamte ins Ruhrgebiet entsandt. Die Urteile der Kriegsgerichte sollen nachgeprüft werden. Die Vollstreckung von 154 Todesurteilen ist vom Reichspräsidenten Ebert bereits ausgesetzt worden.

Paris, 19. Mai. Nach dem „Journal“ haben die Transportarbeiter gestern Abend beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Paris, 19. Mai. Das Kriegsgericht hat alle sieben Angeklagte im Prozeß wegen der Kapitulation von Raubenge freigesprochen.

**Lloyd George wiederhergestellt.**

Paris, 18. Mai. (Havas.) Lloyd George ist nach London zurückgekehrt, nachdem sich sein Gesundheitszustand gebessert hat.

**Krieg im Osten.**

Paris, 19. Mai. Havas meldet aus Warschau, daß die bolschewistische Armee um 120 000 Mann erhöht worden sei, die als Verstärkung an der polnischen Front verwendet werden sollen.

**Auch Amerika bemüht sich um das Erdöl.**

Washington, 19. Mai. Im Senat ist ein Gesetzantrag eingebracht worden, wonach eine Gesellschaft gegründet werden soll, die die Gewinnung von Erdöl in fremden Ländern für den Gebrauch in den Vereinigten Staaten (in der Flotte?) betreiben soll. (Die ergiebigen Quellengebiete hat England im Kaukasus, in Mesopotamien und in Persien bereits belegt. In den Quellen in Mexiko ist englisches Kapital stark beteiligt. Der englisch-amerikanische Wettbewerb ist von großer Bedeutung.)

Berlin, 19. Mai. Der bayerische Ministerpräsident

**Die wilde Hummel.**

Roman von Erich Friesen.

(Fortsetzung.)

33 Alle sie vorhin Norbert und Diane auf den Balkon hinausgehen sah, krampfte ihr Herz sich zusammen vor Eifersucht. Geschickt wußte sie, ihren Tänzer in der Nähe der Balkontür zu halten, um die beiden sofort abzufangen, sobald sie den Saal wieder betreten würden.

Und als sie jetzt die schlankste Mädchengestalt in der Tür austauschen sieht, gefolgt von ihrem Kavallerie, eilt sie rasch auf die beiden zu und bittet Norbert mit ihrem unbefangenen Lächeln, ihr seine Dame vorzustellen.

Mit einer Berührung zieht Liselottes Tänzer sich zurück, während Norbert die Freundin in erzwungen, scherzenden Tone darauf aufmerksam macht, daß sie „Fräulein Diane Arevallo“ ja bereits kennen gelernt habe — vor einigen Tagen, als sie dem Pferd in die Felle fiel.

In gut gespielter Verwunderung schlägt Liselotte sich vor die Stirn.

„Ach, ja, natürlich! ... Wo hatte ich nur meine Augen? Ich bitte tausend mal um Verzeihung.“

Und mit ihrem bezauberndsten Lächeln reicht sie Diane die Hand, die diese kräftig schüttelt.

Nicht ohne Besorgnis verfolgt Norbert die Bewegung der beiden Mädchen. Er glaubt, in Liselottes Blicken den Wunsch zu lesen, mit Fräulein Arevallo allein zu sein. Und doch besäftigt ihn eine gewisse Unruhe bei dem Gedanken, was die gewandte Welt-dame von dem jungen Naturkind wollte.

„Er ... meine Wille“ haben mit samt

Dr. v. Kahr ist heute zum Besuch des Reichspräsidenten und der Reichsregierung hier eingetroffen.

Paris, 19. Mai. An Stelle Poincares wurde der Abg. Dubois zum Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission ernannt.

London, 19. Mai. Das englische Unterhaus hat mit 304 gegen 80 Stimmen einen Abänderungsantrag von Lord Robert Cecil zum Homerule-Gesetz abgelehnt, der Ulfen von der Homerule ausschließen wollte.

**Versammlung des Landwirtschaftlichen Hauptverbands.**

**Aufhebung der Zwangswirtschaft.**

Stuttgart, 19. Mai.

Der Landw. Hauptverband Württembergs, in dem die früheren Bezirksvereine vereinigt sind, hatte eine bedeutende außerordentliche Mitgliederversammlung im Siegelhaus in Stuttgart einberufen, die von etwa 1600 Mitgliedern besucht war. An Stelle des erkrankten Schatzmeisters Mann-Mithras (M. Kieddingen) leitete Gutspähter Hermann Schaubek (bei Kleinbottwar) die Versammlung. Er führte u. a. aus: Die Regierung wird den Eindruck bekommen, daß die Bauern einig sind. Die Abstimmung in der Landwirtschaftskammer über die Zwangswirtschaft war betrübend. Ein Teil der Mitglieder sich für die Beibehaltung erklärte. Die Landwirtschaft aber, die 6 Jahre lang den Druck und Terror der öffentlichen Bewirtschaftung aushielt, verlangt die Abschaffung. Andere Stände hätten sich die Zwangswirtschaft nicht so lange gefallen lassen. Die Herren, die sich in der Kammer für die Zwangswirtschaft erklärten, haben sich vom Ernährungsminister beeinflussen lassen. Die Bauern sind viel zu ehelich gegenüber einer solchen Regierung, die nur bestrebt ist, die Bauern gegeneinander zu hetzen. Der Ernährungsminister hat über die Abstimmung gemeint, daß er angenehm überrascht sei. Von der heutigen Abstimmung wird er unangenehm berührt werden. Auch die oberwältigten Bauern gehören zu uns. Wir sind keine Staatsbürger 2. oder 3. Klasse. Zum Schluß wandte sich der Redner gegen die Kandidatur Erzbergers, der nicht von der Landwirtschaft gewählt werden könne, weil er den Friedensvertrag mit den Viehhändlern unterzeichnet habe.

Dr. Klinginger-Ravensburg sprach über die Zwangswirtschaft und gegen eine politische Entrechtung des Bauernlands. Ganz so verdunkelnd sei es im Oberland nicht mehr. Das beweise die heutige Versammlung, die der Bezirksverein Ravensburg herbeigeführt habe. Daß wir die Zwangswirtschaft zum Teufel haben wollen, darüber sind die Bauern trotz aller Abstimmungen einig. Auch die Vertreter aller politischen Parteien sprechen sich bei persönlicher Führung anders aus als bei den Abstimmungen im Landtag. Das Mindeste, was wir verlangen können, ist der Beschluß der Landwirtschaftskammer. Das Mittel, das wir zur Durchführung unserer Forderungen ergreifen wollen, kommt nur schwer von den Lippen. Es ist der Streik. Seit November 1918 ist er (Zurück: Regierungsmittel) das landesübliche Mittel, Forderungen durchzusetzen. Nur dem Bauern wird es als Verbrechen angesehen, wenn er vom Streik spricht. Der Anstreich kommt nicht in Betracht. Eine Art Streik hat sich auf natürliche Weise vollzogen durch Änderung des Anbaus. Die zweite Art ist der Abnahmestreik. Er richtet sich gegen die Industrie, die bei landwirtschaftlichen Maschinen und Kunstbögenmitteln unerhörte Preise fordert. Auf Ammoniak liegen allein 96 Mk. für den Zentner Reichsadgabe. Die Kalkwecke haben einen gänzlichen Abschlag. Das alles wird aus der Landwirtschaft herausgezogen. Der Bauer muß zuletzt dahin kommen, daß er keine Düngemittel mehr abnimmt. So viel erzeugt er immer noch, als er braucht. Der Streik ist der schwerste, weil man mit Gefährdung und Verordnungen in Konflikt kommt. Daß er einheitlich durchzuführen ist, beweisen die Vorgänge in der Pfalz. Aber das Erdbeben des Bauernstands, die Uneinigkeit und Schadenfreude, muß verschwinden. Mindestens 75 Proz. müssen mitteln beim Eisenerz. Ein besondere Ausschuß des Hauptverbands soll eingesetzt werden, um den etwa notwendig werdenden Eisenerz zu bereiten. Auch die Führer der Bauernschaft müssen sich einig sein.

Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, die gemäß dem Beschluß der Landwirtschaftskammer die Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangt und erklärt, die Stellungnahme des Landtags schädlich. Landwirtschaft und O. am. h. u., die Landwirte lassen sich nicht mehr durch Versprechungen über den Abbau verlocken, von denen niemand weiß, wenn sie erfüllt werden. Dehonometrat Vogt-Göschel schlägt vor, nach Art anderer Berufsstände die Forderungen durch geschlossenen Zug beim Staatspräsidenten und Ernährungsminister zu vertreten, solle zurückgestellt, dagegen durch eine Abordnung eine dringliche Einladung zur Versammlung übergeben werden. Der Vorschlag wird angenommen.

**Gv. Landeskirchenversammlung.**

ep. Stuttgart, 19. Mai. Am Mittwoch finden 2 Sitzungen statt. In der Vormittags-Sitzung wird die Hauptfrage der Pfarrbesetzung zur Entscheidung gebracht. Die ausgesprochenen gewichtigen Bedenken gegen

jede Art von Pfarrwahl führen zur Ablehnung des Antrags Reiff (wonach die Gemeinde die Benennung dreier Bewerber zur Auswahl verlangen könnte). § 2, wie er nun angenommen wird, bestimmt, daß der Gemeinde vom Oberkirchenrat ein Bewerber zu benennen ist, gegen den sie innerhalb 3 Wochen Einsprache erheben kann. Trägt der Oberkirchenrat Bedenken, einer Einsprache Folge zu geben, so erfolgt die Besetzung durch den Landeskirchenauschuss.

**Württemberg.**

Stuttgart, 19. Mai. (Vom Landtag.) Dem Landtag ist der Entwurf eines Pfarrbesetzungs-gesetzes zugegangen. Der Landtag tritt am Freitag den 21. Mai wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die 1. und 2. Lesung des Besetzungs-gesetzes und das Amtsblattgesetz.

Stuttgart, 19. Mai. (Kundgebung der U.S.V.) Die Unabhängigen Groß-Stuttgarts rufen die Arbeiterschaft für Donnerstag nachmittag 4 Uhr zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz auf, um gegen die neue „internationale Verschwörung gegen Sowjet-Rußland“ Widerspruch zu erheben.

Stuttgart, 19. Mai. (Vortrag.) In einer öffentlichen Versammlung in Fintelockers Saalbau sprach Prof. Dr. Ruge von der Heidelberger Universität über den „Ersch der Judenfrage für die letzten Jahrzehnte der Entwicklung Deutschlands“. Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund hatte die Versammlung als Antwort auf die Kundgebung des russischen Zionisten Rachum Goldmann in Stuttgart vom 10. Mai einberufen. Der Saal war überfüllt. Dagegen viele Gegner anwesend waren, wurde die Ruhe nicht gestört.

Neuhausen a. N., 19. Mai. (Angefahren.) Die Witwe Veronika Kurfeh wurde von einem Radfahrer angefahren und bemitleidet vom Plase getragen. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb die Frau.

Feuerbach, 19. Mai. (Brand eines Lastautos.) Am Montag geriet in der Dorfstraße ein Lastauto der Firma Meawerke in Brand und wurde völlig vernichtet.

Obertürkheim, 19. Mai. (Kath. Kirche.) Nachdem ein geeigneter Platz gefunden ist, wird mit dem Bau einer katholischen Kirche bald begonnen werden können. Die kath. Gemeinde zählt 600 bis 700 Seelen.

Zellbach, 19. Mai. (Amerika-Spende.) J. Dittenbacher in Philippsburg, ein gebürtiger Zellbacher, sandte den bedürftigen Ortsangehörigen 5550 Mk.

Asperg, 19. Mai. (Kircheneinbruch.) In der Nacht auf Montag wurde in die Sakristei der hiesigen Kirche eingebrochen. Dem Dieb fielen Kirchengeschätze und etwas Geld in die Hände.

Vietenheim, 19. Mai. (Viehdiebstahl.) In der Nacht zum Dienstag wurde aus dem Stall des Landwirts Semmler in der Kammgarn-Spinnerei eine wertvolle trächtige Kuh (Schwarzschef) gestohlen.

Baihingen a. G., 19. Mai. (Viehseuche.) Trotz aller Vorichtsmaßnahmen ist die Maul- und Klauen-seuche auch in hiesigen Stallungen aufgetreten. — Die Weinberge stehen sehr schön. In einer Kamergz blühen bereits die Trauben.

Heilbronn, 19. Mai. (Schneiderstreik.) Die hiesigen Schneider sind im Streik. Sie verlangen einen Stundenlohn von 4.15 Mk., während ihnen 4 Mk. geboten wurden.

Neuenbürg, 19. Mai. (Seltene Familienfeier.) Die Familie des Seierschmieds Chr. Finkbeiner begibt ein seltenes Fest. Die Eltern feiern ihre Silberhochzeit, 3 Töchter treten in den Stand der Ehe, und eine 4. Tochter verlobte sich.

Altdorf, O. Nürtingen, 19. Mai. (Viehdiebstahl.) Dem Schmiedlichen Knöll wurde ein Faren-falb gestohlen. Drei junge Männer sind des Diebstahls verdächtig. Sie brachten das Kalb lebend nach Neckartenzlingen und wurden dort durch einen Hund verraten, so daß sie ihre Beute im Stich ließen.

Schramberg, 19. Mai. (Verhaftet.) Der wegen zahlreicher Straftaten hiesig verurteilte 20jährige Schreiner Robert Bachmann wurde von einem Bau-

Verhaltensmaßregeln zutuscheln, raunt der junge Offizier Liselotte erregt zu:

„Ich bitte Sie, Liselotte! Mischen Sie sich nicht hinein! Überlassen Sie die Sache mir!“

„Ganz nach Belieben!“ klingt es ironisch zurück. Und schon schwebt die schöne Liselotte davon, da gerade eine feurige Mazurka beginnt, und ihr Tänzer, ein französischer Vorkchafts-Attache, sie sucht.

Er sehr Norbert sich auch bemüht, den Abend über nochmals in Dianas Nähe zu kommen — es erscheint fast unmöglich. Die „Kleine Wilde“ ist derart umschwärmt, daß er erst spät in der Nacht in der Garderobe, als der Diener ihr gerade den kostbaren Abendmantel um die Schultern legen will, wieder ein Wort an sie zu richten vermag.

„Darf ich mir nächsten gestatten, Ihnen meine Aufwartung zu machen, meine Gnädige?“ wendet er sich an Gräfin Alotilde; aber sein Blick sucht dabei die Augen des jungen Mädchens.

Ihre Erzelenz erteilt ihm in liebenswürdigster Weise die Erlaubnis.

Und Dianas sonst so furchtlos blickende Augen senken sich besangen vor der stummen Frage in den seinen. Das Herzchen der „wilden Hummel von Wäffel-Goldfeld“ schlägt heute gar so seltsam unruhig.

(Fortsetzung folgt.)

**Marktbericht.**

Auf dem Schweinemarkt in Wangen i. A. gaben Ferrel 380-420 Mk. das Stück. Die Zufuhr betrug 170 Stück; der Handel war lebhaft. — In Markdorf wurden für das Jahr 700-1000 Mk. bezahlt. Von einem Rückgang des Fettpreises kann man sich keine Rede sein.



## Deutsche Nationalversammlung.

Interpellationen über die schwarze Schwad u. a.  
Berlin, 20. Mai.  
Abg. Sehl (S.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betreffend die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten. Nur der kleinste Teil der Schwadwachen werde bekannt. In der ganzen Welt mache die Entzweiung...

Reichsminister Köster: Bis gestern war keine Nachricht eingelaufen von irgend einer Zurückziehung farbiger Truppen. Wir wollen nicht in eine Massenhetze eintreten. Aber die Verwendung von 20000 Farbigen im Herzen Europas ist ein Verbrechen. Proteste Amerikas, Englands, Schwedens und Norwegens haben auf die Franzosen ebenfalls Eindruck gemacht wie unsere Proteste. Von einer wirtschaftlichen Solidarität Europas kann nicht gesprochen werden, solange man die politische Solidarität mit Füßen tritt. Wir wollen uns an den Völkerbund wenden. Den Vätern im Westen wollen wir sagen, daß wir mit ihnen leiden und auf ihre Befreiung hoffen.

Frau Heg (U.S.P.): Alle brutalen Instinkte entstammen nur dem Militarismus. Wenn Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllen würde, würde es ein gerechtes Ohr bei der Entente für die Verminderung der Besatzungstruppen finden. Die Interpellationen haben keinen Wert wegen der unstillen Rohheiten, die gegen deutsche Frauen durch deutsche Soldaten begangen worden sind. Auch in Rußland, Belgien usw. haben deutsche Soldaten so viel Gräueltaten begangen. (Stürmische Unterbrechungen, andauernde Entrüstungsrufe; Pflui Teufel!) - Die Rechte, das Zentrum, die Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Abg. Frau Reinde (D.P.): Für die Vergewaltigung kleiner Kinder kann niemand einen Funken Liebe empfinden. Vielleicht wüßte es noch, sich an den Papst zu wenden.  
Abg. Lamerenz (D.nat.Vp.) begründet eine Interpellation betreffend die Erlassung dänischer Gesetze und Einführung der Kreisverfassung in der ersten Abstimmungszone.

Reichsminister Dr. Köster: Die Schritte der dänischen Regierung sind weder mit dem Gesetz noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages vereinbar. Wir haben am 11. Mai in einer Note in Paris und später in Flensburg protestiert ohne Erfolg. Wir müssen in Süden der ersten Zone eine provisorische Währungszone schaffen; die zweite Zone wird uns aufs engste angegeschlossen werden.

Abg. Pohlmann (D.V.) begründet eine Interpellation über Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betreffend die Rechtsverletzungen in den an Polen abgetretenen Gebieten.

Reichsminister Dr. Köster: Die Reichsregierung wird im Recht des deutschen Volkes zu stehen suchen, insbesondere auch durch mündliche Verhandlungen mit der Entente, sobald sich die Möglichkeit bietet. Wirtschaftlichen Druck gegenüber den Polen können wir nach Möglichkeit aus. Des Erstes der Lage...

in Oberfranken sind wir uns voll bewußt. In Paris, London und Rom haben wir die Sachlage bekanntgegeben.

Abg. Frau Schmitz (S.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen betreffend die Zustände in den Kreisen Eupen, Malmedy usw.  
Reichsminister Dr. Köster: Bei den Verhandlungen der belgischen Kammer war immer die Rede von einer Wiedereingliederung der Kreise mit Belgien. Die Kreise haben niemals zu Belgien gehört. Sie sind deutsch und haben vorübergehend Belgien gehört. Die Regierung hat einwandfrei Material dafür, daß die belgische Regierung die freie Abstimmung verlegt. Wir haben bei der belgischen Regierung der Friedenskonferenz und dem Völkerbund protestiert.

Es folgt die Interpellation der Abg. Schulz-Bromberg (D.nat.Vp.) und Gen. betreffend die Feier des 1. Mai und die Erstellung von Neuaufbauarbeiten und Beamte in den Staatsbetrieben am 1. Mai.

Reichsminister Köster erklärt, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten zu wollen.  
Abg. Schulz-Bromberg (D.nat.Vp.): Dann hat die Regierung ein schlechtes Gewissen und will sich von der Beantwortung drücken. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, für die Aufrechterhaltung der Arbeit am 1. Mai zu sorgen.

Abg. Henke (U.S.P.) begründet einen Antrag Gener. Leipzig betreffend sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands in allen Teilen des Reichs.

Reichsminister Köster: Es ist nicht anständig, den Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Wahl gesichert werden muß.

Abg. Gilling (S.) und Abg. Schulz-Güternitz (D.Vp.) sind gegen den Antrag.  
Der Antrag wird mit den Stimmen der stark besetzten sozialdemokratischen Partei angenommen.

Ueber den Antrag des Ausschusses, die nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen den Abgeordneten Braß nicht zu erteilen, wird abgestimmt. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Beim Hauptantrag ergibt sich bei 207 Stimmen die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung um 2.15 Uhr.

## Letzte Nachrichten.

Berlin, 20. Mai. Generalmajor v. Lohberg wurde an Stelle des Generals v. Watter mit der Führung des Wehrkreiskommandos VI (Münster) beauftragt.

Wien, 20. Mai. Der amerikanische Oberst Emmerson sprach sich für die Rückgabe Südtirols und den Anschluß Österreichs an Deutschland aus. Die amerikanische Regierung nehme in der letzten Zeit eine ähnliche Stellung ein.

Paris, 20. Mai. „Petit Parisien“ meldet aus Rom, nach einem Gerücht beabsichtige Garibaldi, im Zusammenhang mit der Kabinettskrise, das Parlamentsgebäude mit einer bewaffneten Schar zu besetzen. Es seien Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

London, 20. Mai. Im Oberhaus fragte Lord Newton, ob es war sei, daß die Deutschen aus Palästina solange in Ägypten festgehalten werden, bis sie mit ihrer Verbringung nach Deutschland einverstanden seien. Der Regierungsvertreter antwortete, darüber könne er keine endgültige Mitteilung machen.

**Ernennungen.**  
Berlin, 20. Mai. Zum Oberpräsidenten von Hannover wird der Abg. Sadelum (Soz.), zum Regierungspräsidenten ein Mitglied der demokratischen und zum Regierungspräsidenten von Silbesheim ein Mitglied der Zentrumspartei ernannt werden.

**Die Anschuldigungsliste.**  
Berlin, 20. Mai. Nach halbamtlicher Mitteilung sind die Angaben in der feindlichen Liste über angebliche Kriegsverbrechen so allgemein und mangelhaft gehalten, daß sich darauf keine Anklage aufbauen läßt.

**Die deutschen Segelschiffe.**  
Berlin, 20. Mai. Am Samstag ist in London ein Abkommen über die deutschen in süd- und mittelamerikanischen Häfen liegenden Segelschiffe abgeschlossen worden. Nach dem Abkommen werden die deutschen Reeder diese Schiffe unter deutscher Flagge und mit deutscher Besatzung nach Europa zurückbringen, um sie dann nach dem Friedensvertrag der Entente auszuliefern, soweit sie über 1500 Tonnen groß sind, sonst, falls die Schiffe unter 1500 bis 1000 Tonnen die Hälfte.

**Evang. Gottesdienst.** Freitag, 21. Mai, abends 8 Uhr Beichte: Stadtpfarrer Dr. Federlin. Pfingstsonntag, 9. Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. (Abendmahlsfeier). 10. Uhr Kindergottesdienst. 8 Uhr abends Predigt: Stadtpfarrer Lohsch. Pfingstmontag, 9. Uhr Predigt: Vikar Lucas. Donnerstag, 27. Mai, 4 Uhr Bibelstunde im Katharinenstift.

## Hülsenfrüchte u. Kartoffel.

Am Samstag, den 22. ds. Mts. werden von 9—1 Uhr in der Wilhelmsschule  
Erbsen, Bohnen und Linsen,  
am Dienstag, den 25. ds. Mts. von 8—12 u. 1—5 Uhr  
in der Rath'schen Scheuer am Bahnhof  
Kartoffeln  
in beliebiger Menge abgegeben.  
Städt. Lebensmittelamt.

Stadtgemeinde Wildbad.

## Nadelholz-Stammholz-Verkauf

im Wege des schriftlichen Meistgebots aus Stadtwald Sommerberg, Auhhalde und Lottbaumsteigle:  
307 Stück mit 280 Fm. I—VI Cl. Tannen Lang- u. Sägholz  
884 " " 776 " I—VI " Fichten Lang- u. Sägholz  
Angebote sind in Hundertsteln der Tage für 1920 für jedes Los getrennt mit der Aufschrift „Angebot auf Langholz“ bis spätestens  
Samstag, den 29. Mai d. J. vorm. 11 Uhr  
an das Stadtschultheißenamt einzureichen, welches die Eröffnung um diese Zeit vornehmen wird.  
Wildbad, den 20. Mai 1920.  
Städt. Forstamt: Müller.

Am Samstag, den 22. Mai 1920, vorm. 11. Uhr, kommen auf dem Rathaus aus Abteilung 12 Geslach 12 St. bestellte Hopfenstangen 1. Cl. zum Verkauf.  
Den 21. Mai 1920. Stadtpflege Wildbad.

## Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie unsere Schulfreunde und Schulfreundinnen der Jahrgänge 1884 und 1892 zu unserer am Pfingstmontag, den 24. Mai 1920 im Gasthaus zur Eisenbahn in Wildbad stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
höflichst einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen.  
Gottlob Günthner, Säger,  
Sohn des † Phil. Jakob Günthner,  
Anna Ziesle,  
Tochter des Joh. Ziesle, Schneidermstr.  
Kirchgang um 1/12 Uhr vom „Ratskeller“ aus.

## Segeltuchlandalen mit Ledersohlen, für Kinder.

Schwarze  
**Stoff-Schnürschuhe für Frauen,**  
in allen Größen und schöner Auswahl, zu billigen Preisen.

Preiswerte Leder Schuhwaren.  
**Hermann Lutz, Wildbad.**

## Der Grasertrag

von etwa 2 Morgen Baumwiesen ist auf ein oder mehrere Jahre zu verpachten.  
Blochhaus Schmid,  
am Badwald.

## Karotten, Wirsing, Blumenkohl,

eingemachte  
**Preiselbeeren,**  
zu haben bei  
Bender, b. d. Bergbahn.

## Bruthenne gesucht!

Bon wem, sagt die Red.

## Familien-Drucksachen

liefert in feinsten Ausführung die  
Buchdruckerei des Wildbader Badblatt.

## Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der  
Direction der Disconto-Gesellschaft  
Zweigstelle Wildbad

früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Staatspapiere.	Pfandbriefe.
5% Deutsch. Reichsanleihe 79.75	4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank 104.50
4% dergl. 75.75	4% Frankf. Hypothekenk. 192. —
5% I. Deutsche Schatzanw. 100. —	3 1/2% dergl. 91. —
4 1/2% dergl. p. l. 4. 1924 91. —	4% Erkt. Hypoth.-Creditv. 101.50
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919 89.70	3 1/2% dergl. 85. —
4% Preuss. Konsols 74.50	
3 1/2% dergl. 63.40	
3% dergl. 58.75	
4% Bad. Staats-Anleihe 88.40	
3 1/2% dergl. 80. —	
4% Württ. Staats-Anleihe 87. —	
3 1/2% dergl. v. 1875 92.50	
3 1/2% dergl. v. 1879/80 79. —	
3 1/2% dergl. v. 1885/90 79. —	
3 1/2% dergl. v. 1908 u. ff. 78. —	
3% dergl. 74.50	

## Industrie-Obligationen.

4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf. 105. —	
5% Chem. Fabr. Griesheim 105. —	
4 1/2% Allg. Flekt.-Ges. 105. —	
5% D. Uebersee-El.-Ges. —	
4 1/2% Maschinfabr. Essling 105. —	
4 1/2% M. Hohner A.-G.-Obl. 104. —	

## Aktien.

Darmstädter Bank 158. —	
Deutsche Bank 285. —	
Disc.-Kommandit Anteile 201. —	
Dresdner Bank. 178. —	
Hochemer Bergb.-Gussst. —	
Deutsch-Luxemb.-Bergw. 280. —	
Gelsenkirchener Bergwerk 304. —	
Gelsenkirchener Gussstahl 495. —	
Harpener Bergbau 275. —	
Mannesmann 333. —	
Phoenix Bergbau 385. —	
Allg. Elektr.-Ges. 310. —	
Bad. Anilin- u. Sodafabr. 470. —	
Chem. Fabrik Griesheim 306. —	
Daimler Werke 227. —	
Maschinenfabrik Esslingen 213. —	
Gebr. Junghans 240. —	
Magirus 218.75	
Siemens u. Halske 298. —	
Hamburg-Amerika Paketf. 174. —	
Nordl. Lloyd 170. —	

## Devisen.

Amerika 44.80	
England 170. —	
Frankreich 317. —	
Holland 1624. —	
Schweiz 788. —	

## Danksagung.

Für all die Liebe, die wir bei dem Hinscheiden unserer teuren, Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

### Chr. Schweizer We.

geb. Wildbrett,  
erfahren durften, danken herzlichst  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Wildbad, 21. Mai 1920.

Sprollenhaus.

## Pfingst-Sonntag

eröffne ich die früher Frau Wössinger gehdrite  
**Bäckerei mit Café**  
und lade Jederman freundlichst hiezu ein.  
**Karl Volz.**

fowie

## Erdbeeren, Kirschen, alle Gemüsesorten

empfehlen zu den billigsten Tagespreisen  
**Hartmann, Hofmann und Mauk,**  
Betrieb südd. Landeserzeugnisse  
**Heilbronn a. N.**  
Telefon 1300 — Tel.-Adr.: Erzeugnisse.

## Städt. Arbeitsamt

Wildbad  
im Lebensmittelamt,  
Fernsprechanruf 140.  
Für sofort und später  
werden gesucht:

Weiblich:  
Zimmermädchen,  
Röschinnen,  
Kaffeeköchinnen,  
Dienstmädchen,  
Weißzeugfräulein,  
eine Stütze,  
Saastöchter,  
Büffetfräulein,  
Kinderpflegerin,  
Stellen suchen:

Männlich:  
Hotelbedienter,  
Kellner,

Ein gutes starkes  
**Fahrrad,**  
(Monopol), mit neuer Bereifung, hat abzugeben.  
Gärtner Wolff.  
Als Hausbursche ein kräftiger, braver  
**Junge oder Mädchen**  
gesucht.  
Apotheker S. Stephan.

